



DIE LINKE.

Bezirksverband Hamburg Mitte

Juni 08

Einladung

Liebe Genossinnen und Genossen, lange musstest ihr auf diese Ausgabe des Mittenmang warten. Dieses hatten wir ja schon in der letzten Ausgabe angedroht. Nun ist es endlich soweit.

Gleiches kann man aber auch von unserem nächsten **Bezirksmitgliedertreffen** sagen.

Dieses soll am

09.07.2008, um 19.00 Uhr

im Gemeinschaftsraum im

Drachenbau – Schmilinskystr. 6a

stattfinden.

Auf der Tagesordnung stehen mal wieder zwei Abstimmungen:

Zum einen hatte die letzte Bezirksmitgliederversammlung den Vorstand aufgefordert für diese eine neue Geschäftsordnung zu erstellen. Diese Aufgabe wurde von Tilman Rosenau und Volker Honold – herzlichen Glückwunsch zur Geburt deiner Tochter! - erfüllt. Das Ergebnis des Vorschlages könnt ihr im Anhang dieser Ausgabe sehen. Bitte sendet eure Änderungsvorschläge an die Mailadresse

Redaktionsschluss für die Juli-Ausgabe:

Freitag, 27.6.2008 (damit wir wieder in den Rhythmus kommen).

Es gilt weiter: Schreibt massenhaft! Wir freuen uns über alle Beiträge, die uns möglichst als .doc oder .rtf-Datei erreichen sollten, die sind am besten ins Layout einzubinden.

Die **Mailadressen** sind:

Tilman Rosenau Tilman.Rosenau@tele2.de

Bernhard: stietz-leipnitz@t-online.de

Die **Postanschrift** ist: B. Stietz-Leipnitz, Schmilinskystraße 6a, 20099 Hamburg.

des Vorstandes, damit wir diese rechtzeitig der Versammlung vorlegen können.

bv-mitte@die-linke-hh.de

Zum anderen ist noch ein Platz auf der Frauenliste für die Delegiertenmandate für den ersten ordentlichen Landesparteitag zu besetzen. Bisher hat sich die Genossin Kerstin Fremder-Sauerbeck für eine Kandidatur angemeldet. Weitere Kandidaturen bitte ich auch an die oben angegebene Adresse zu senden. In der nächsten Ausgabe des Mittenmang sollen die Vorstellungen abgedruckt werden.

Der inhaltliche Themenschwerpunkt der Mitgliederversammlung kann zum jetzigen Zeitpunkt noch nicht genau festgelegt werden. Sicher wird aber über den Auftrag der letzten Bezirksmitgliederversammlung an den Vorstand, sich über ein Arbeitsprogramm für die nächsten zwei Jahre Gedanken und auch Vorschläge zu machen, zu reden sein. Ebenfalls in der nächsten Ausgabe des Mittenmang wird dazu der Beschluss des Vorstandes veröffentlicht. Innerhalb dieses Rahmens soll die Ver-

Inhalt

Ankündigung Mitgliedertreffen	S. 1
Demokratieverständnis	S. 2
Anmerkungen	S. 3
Neues Wahlrecht??	S. 4
1. Mai St. Pauli	S. 4
Neues aus St. Georg	S. 5
Allein unter 22	S. 6
Nachhaltigkeit und Politik	S. 6
Termine/Kontakt ...	S. 9
Anhang:	
Entwurf Geschäftsordnung	

sammlung dann darüber diskutieren und ggf beschließen. Neben den Anregungen der Antragsteller ist jede Basisgruppe und jedes Mitglied aufgerufen sich mit Meinungsäußerungen nicht zurück zu halten. Dieses bitte auch über die schon erwähnte Mailadresse.

Die bisherige Arbeit des neuen Vorstandes fand unter schwierigen Bedingungen statt. Sehr stark beeinflusst hat die Arbeit die Diskussion über die Besetzung der Ausschüsse der Bezirksversammlung Mitte und das Auswahlverfahren für die Stelle des Geschäftsführers der Fraktion Mitte.

Der Vorstand hat einen Fragebogen erstellt, der zeitnah mit dieser Ausgabe in euren Briefkästen landen wird. Wir bitten sehr und eindringlich alle Mitglieder diesen ausgefüllt zurückzusenden. Er soll dazu dienen, die Arbeit im Bezirk zu effektivieren. Erinnerung sei in diesem Zusammenhang daran, dass etwa ein Drittel der Mitglieder keine Mailadresse haben. Ebenso ist ein Drittel der Mitglieder nach der Parteigründung in DIE LINKE. eingetreten und viele von diesen sind bisher noch nicht ausreichend erreicht worden. Wir wollen und müssen aber unseren Aktivenstamm deutlich erweitern. Dazu müssen wir wissen, welche Erwartungen die einzelnen Mitglieder haben – aktive wie nicht aktive.

Des Weiteren ist der Vorstand in Klausur gegangen und hat bis zum Jahresende eine erste

Grobplanung für sich vorgenommen. Für die Mitglieder bedeutet dies vor allem, dass der neue Vorstand wesentlich auf die Arbeit in den Basisgruppen baut und darauf ausgerichtet ist weitere Gruppengründungen zu fördern. Dabei helfen soll auch ein Treffen des Vorstandes mit den bisher gewählten/ernannten SprecherInnen der Basisgruppen.

Mit der Fraktion im Bezirk haben wir bisher ein gemeinsames Treffen durchgeführt, in dem wir vor allem Rückschau gehalten, aber auch Abstimmungen koordinierter politischer Tätigkeiten vorgenommen haben.

Die Bezirkswebseite soll wieder aktiviert werden. Hierzu hat sich Uwe Böhm bereit erklärt, an der von Dirk Prösdorf angebotenen Schulung teilzunehmen. Damit wir hier aber ein lebendiges Angebot schaffen können, ist jede weitere Mitarbeit mehr als wünschenswert.

Renate Twardzik hat nun endlich die Reha in Bad Bevensen bewilligt bekommen und wir wünschen gute Genesung, damit sie sich anschließend wieder mit Kampfeslust und Freude an der politischen Arbeit der Partei beteiligen kann.

Für den Vorstand
Tilman Rosenau

Das verschrobene Demokratieverständnis unserer Bezirksfraktion

Ich will es gleich auf den Punkt bringen: Mir stößt in letzter Zeit so einiges auf!

Dass wir, die wir es uns 'rausnehmen den Umbruch im System zu propagieren, einige Genossen in unserer Mitte haben und diesen sogar politische Verantwortung übertragen, die die neoliberalen Machtverhältnisse stützen! Indem sie die systemgegebenen Ordnungsverhältnisse in die Partei hineinragen.

Der Bezirksfraktion sollte man einen Lehrgang in Demokratie geben. Die Geschichte hat uns doch gezeigt, dass diktatorische Regime, egal ob von Links oder Rechts, keinen Bestand auf dieser Welt haben.

Die Fraktion nimmt sich heraus, Kandidaten von Vorschlagslisten in Eigenregie zu streichen, welche durch ein Votum der Basis gestützt waren, s. Verfahren zur Wahl der Ausschussmitglieder.

Die Fraktion nimmt sich heraus, sich gegen ein Votum der Basis zu stellen, indem mehrere

ihrer Vertreterinnen wissentlich dieses Votum nicht an die Fraktion weitergegeben haben, um ihren eigenen Kandidaten durchzusetzen Sie nimmt es sich weiter heraus, Absprachen, gegen die ja nichts zu sagen ist im eigentlichem Sinne, wochenlang - sechs um genau zu sein - geheim zuhalten und so die komplette Basis zu verarschen, indem sie die Basisbeteiligung schon im Keim erstickt, s. Verfahren zur Wahl des Mitgliedes des Jugendhilfeausschusses (JHA).

Wenn es so ist, dass die Fraktion Schwierigkeiten darin sieht, mit der Person, die von der Basis benannt wurde politisch zusammenzuarbeiten, muss man einen Konsens finden.

Falls es nicht möglich ist sich auf einen Kandidaten zu einigen, muss sich die Fraktion dem Votum der Basis beugen!

Genossen, das nennt man DEMOKRATIE.

Des weiteren nimmt sich die Fraktion heraus, den Posten des Fraktionsgeschäftsführers

ohne Beteiligung der Basis selber zu vergeben, obwohl die Aufgabe des Fraktionsgeschäftsführers ist, als Bindeglied zwischen Basis und Fraktion zu fungieren. Mir ist sehr wohl bekannt, dass vom Gesetz her, der Fraktionsgeschäftsführer Angestellter der Fraktion ist, aber genau dagegen wehren wir uns doch, gegen dieses System, das von oben nach unten herrscht.

Genossen, das nennt man REPRESSION.

Ich bin 2006 in die Partei eingetreten, weil ich dieses asoziale, intolerante und diskriminierende System stürzen wollte und natürlich immer noch will.

Ich will es immer noch nicht wahr haben, sogar während ich schreibe, doch wir müssen den Kampf auch unter uns weiterführen.

In diesem Sinne erwarte ich von der Fraktion eine Stellungnahme!

Ich bin traurig und wütend darüber, dass die Umstände mich gezwungen haben diesen „Brandbrief“ schreiben zu müssen.

Ich will nicht die politische Handlungsfähigkeit der Fraktion beschädigen, aber es muss ja elementare Unterschiede in der Definition unserer Überzeugungen geben.

Ich bin natürlich bereit, jederzeit mit der Fraktion über die Kritikpunkte zu reden.

Enno Drewes

Einige Anmerkungen zu Enno

(dies ist keine Stellungnahme „der Fraktion“!)

Zum Streit um die Besetzung des Platzes im Jugendhilfeausschuss kann ich wenig beitragen, da ich wegen einer Anhörung zum Thema „Wallhöfe“ am 14.5. nicht dabei und anschließend im Urlaub war. Ich teile allerdings Ennos Eindruck, dass das wesentlich besser hätte laufen können und müssen. Insbesondere ist es schade, dass die Fraktion am 14.5. nur durch zwei Menschen vertreten war.

In Sachen Ausschussbesetzung fühle ich mich deutlich kompetenter, weil ich selbst versucht habe, die entsprechenden aktuellen Informationen über Vorlagen für die Mitgliederversammlung und das Mittenmang zu veröffentlichen: Wir haben uns bemüht, allen Interessierten so früh und so schnell wie möglich bekannt zu machen, welche Plätze in Ausschüssen zu besetzen waren bzw. sind. Leider hat sich das im Laufe der Zeit immer wieder verändert, da die Struktur der Ausschüsse in jeder Wahlperiode neu definiert wird und die rot-grüne Mehrheit sehr kurzfristig neue Strukturen beschlossen hat. Das hat dazu geführt, dass bis heute nicht alle Ausschüsse besetzt sind und auch nicht alle Rechtsfragen (wer darf in welchen Ausschuss?) geklärt sind. Und wenn man sich auf diesen Betrieb einlässt, muss man auch dessen Regeln beachten.

Was die Besetzung des Geschäftsführerpostens angeht (übrigens: Tilman Rosenau ist es geworden), haben wir lange und intensiv über das Verfahren diskutiert und **in der Mitgliederversammlung** letztlich einen Weg gefunden, der darauf abzielte, größtmögliche Transparenz mit größtmöglichem Schutz der BewerberInnen zu vereinen (siehe dazu den Artikel von Marcus im letzten Mittenmang). Man kann darüber streiten, ob dieser Weg optimal war, undemokratisch oder repressiv war er m.E. nicht.

Und ich persönlich bin weit davon entfernt, der Basis (zu der ich übrigens nach meinem Selbstverständnis nach wie vor gehöre) etwas diktieren zu wollen. Im Gegenteil, wenn wir in diesem verrechtlichten und bürokratischen Umfeld Bezirksverwaltung etwas erreichen wollen, dann sind wir gemeinsam darauf angewiesen, einander optimal zu informieren und vor allem Schwerpunkte zu setzen. Denn eines ist mir in den wenigen Wochen bereits klar geworden: Wenn wir die Arbeit im Parlament nicht intensiv vernetzen und auf viele Menschen verteilen, die gut miteinander kommunizieren, dann gehen wir unter bzw. bleiben eine Randerscheinung.

Bernhard Stietz-Leipnitz

Neues- faires- Wahlrecht für Hamburg?

Die Nord LINKE ist beim LPT mit ihrem Antrag zur erneuten Wahlrechtsreform an den Landesvorstand verwiesen worden, sicher auch von Delegierten aus unserem Bezirk. Das lässt letzterem die Möglichkeit, einen Konflikt, den wir haben und austragen müssen, noch etwas unter der Decke zu halten und der interessierten Öffentlichkeit nicht eventuell kontrovers gegenüber treten zu müssen.

Worum geht`s? Das so genannte CDU-Wahlrecht, nach dem wir dies Jahr wählten, soll von der Initiative „Mehr Demokratie“ erneut in Richtung ihres ursprünglichen Vorschlages verändert werden und zwar mit einem Volksbegehren. Und dann mit der Bundestagswahl im nächsten Jahr zusammen bei einem Volksentscheid.

Es sollen die Bezirksversammlungs- und Bürgerschaftswahlen zeitlich getrennt werden, erstere sollen mit den Europawahlen zusammen erfolgen. Die Wahlkreise der BV sollen sich von denen der Bürgerschaftswahl unterscheiden, bisherige Einschränkungen - welche das sind, ist dem Autor nicht bekannt - bei den Wahlkreislisten zur Bürgerschaftswahl sollen fallen und es soll auch bei den Landeslisten die Möglichkeit gegeben werden, durch kumulieren und panaschieren die selben neu zu gruppieren.

Nicht mehr in Erinnerung habend, wogegen sich der Nord-Antrag in diesem Zusammenhang wendete, will ich mich frühzeitig gegen zumindest den letzten Regelungsvorschlag wenden, entmündigt er doch m.E. mich als Parteimitglied und öffnet er der weiteren Amerikanisierung unseres Wahlverfahrens Tür und Tor. Warum?

Nicht umsonst werden im Idealfall auf einer von der gesamten Partei zu verantwortenden

Landesliste nicht nur regionale Aspekte berücksichtigt, so etwa der, dass Kandidaten aus Bereichen, wo die Partei keine Chance auf Direktmandate hat, auch in die Bürgerschaft kommen können. Sondern es ist auch so, dass man tunlichst eine Landesliste auch mit Menschen auffüllt, die man vielleicht als so genannte Direktkandidaten nicht aufgestellt hat. Nicht so repräsentable Vertreter z.B., die aber für ein Minderheitenthema, welchem die Partei einen wichtigeren Stellenwert als die „Öffentlichkeit“ zubilligt, wichtig sind und die man gern in der Fraktion hätte. Also Leute die vielleicht nicht gut öffentlich reden, aber gute Anträge schreiben können und fundiert in der Fraktion mitarbeiten. Die könnten nach dem neuen - alten- Vorschlag der Ini schlechte Karten haben. Ebenso wie der, der z.B. nicht wie der immer wieder vorgestellte shooting-star der SPD Altona, Bülent Ciftlik, monatelang von Tür zu Tür gegangen ist. Und, ist es nicht jedem politisch Interessierten freigestellt, sich zu organisieren in einer der immerhin grundgesetzlich in ihrer Rolle für „unsere Demokratie“ geschützten und benannten Organisation, den Parteien? Wir könnten noch so manche/n brauchen!

Das wird eine schwere Entscheidung, wird doch das Interesse unseres Landesvorstands nicht sein, sich mit einer so wichtigen Ini anzulegen. Aber: manchmal ist Opposition auch in der Opposition nötig. Lassen wir uns als Parteimitglieder nicht entmündigen von anderen „mündigen Bürgern“!

Wer sich weiter informieren will:
www.rettet-den-volksentscheid.de &
www.attac.de/hamburg .

Volker Honold

1. Mai

Auf dem Schulterblatt nachts um halb Zwölf: Lokal verweigerte Zutritt

Nachdem ich gemeinsam mit mehreren Mitwirkenden der Stadtteilgruppe St. Pauli an der Demonstration gegen den bundesweiten Nazi-Aufmarsch in Barmbek teilgenommen hatte, ging ich am späten Abend des 1. Mai noch mit aktiven Mitgliedern der LINKEN aus meinem vorherigen Wohnort ins Schanzenviertel, die mich zu diesem Zeitpunkt besuchten und beabsichtigten, andere AntifaschistInnen in der Roten Flora zu treffen und ihr eigenes Gepäck von dort abzuholen, wo sie es nach der mor-

gendlichen Ankunft mit dem Reisebus abgelegt hatten.

Soeben auf dem Schulterblatt angekommen, wurde von der Straße aus eine vereinzelt Flasche in Richtung Polizei geworfen, die daraufhin unverzüglich Wasserwerfer einsetzte, und zwar nicht nur in die Richtung, aus der die Flasche geflogen kam, sondern auch in Richtung der Piazza, die wir unmittelbar zuvor betreten hatten. Wir standen am Rand der Piazza, als die Polizei unmittelbar nach dem Vorfall

begann, alle Anwesenden von dem Platz zu vertreiben. Dies tat sie durch den Einsatz von Wasserwerfern und von PolizistInnen, die ihre Gummiknüppel einsetzten. Die PolizistInnen kamen auf uns zu, die wir uns vor eine Kneipenwand geflüchtet hatten. Obwohl ich mich mit erhobenen Armen vor die Hauswand gestellt hatte und versuchte, ihnen zu verdeutlichen, dass der Flaschenwurf aus einer ganz anderen Ecke stammte und wir nur friedlich dort standen, schlug ein Polizist mit dem Gummiknüppel auf uns ein. Beim Versuch, seinen Schlägen zu entkommen, stolperte ich über Sonnenschirmständer, fiel zu Boden und löste dadurch den Sturz mehrerer Menschen aus. Gerade wieder aufgerichtet, brüllte eine Polizistin auf mich ein. Ich sah nur noch rechts den Eingang des Lokals Petisco, in das ich gemeinsam mit einer Genossin versuchte zu

fliehen. Doch hier stand ein Bediensteter der Gaststätte, der mich zurückschubste und uns den Zutritt zum Lokal verweigerte, obwohl dieses noch bis 3.00 Uhr geöffnet hatte. Da uns zudem der Fluchtweg auf der Piazza durch Biertische versperrt war, in die wir blind von den PolizistInnen hineingetrieben wurden, zogen wir uns weitere Blessuren zu, u. A. eine schmerzhaft Rippenprellung und mehrere Hämatome.

Ein Brief an den Inhaber des Petisco, in dem ich um eine Stellungnahme zu diesem Vorfall bitte, blieb unbeantwortet. Deshalb habe ich mich entschieden, von diesem Vorfall zu erzählen. JedeR möge selber entscheiden, ob sie/er dieses unsolidarische Lokal in Zukunft (noch mal) aufsuchen möchte.

Markus Schneider-Johnen

Neues aus St. Georg

Die älteste Stadtteilgruppe der Bezirksorganisation hat sich auf ihrem letzten Treffen u.a. mit der Situation im Bezirksverband auseinandergesetzt und in einem Brief an den Vorstand diesem mitgeteilt, dass sie den mit einem Antrag auf der letzten BMV in Gang gekommenen Prozess zur Frage, was wir in Mitte erreichen wollen, von dem selben vorangetrieben sehen möchte. Für die Gruppe steht die Frage im Mittelpunkt: Grundsatzopposition oder kleine Veränderungen anstreben für unser Klientel? Wir halten es für richtig, ein sozial-räumliches Management auf Bezirksebene einzufordern um Hamburgs ärmsten Bezirk positiv zu entwickeln. Auch möchten wir, dass der „Konflikt Sonnenland“, also Carlos Nichtnominierung für den JHA Mitte durch die Fraktion, von der eher persönlichen Ebene weg und auf der Ebene der inhaltlichen Positionierung zum Themenkomplex „aufgelöst“ wird. Dazu haben wir Carlo und den Fraktionsvorsitzenden aufgefordert, für dieses Mitgliedermagazin jeweils eine Stellungnahme zu formulieren. Und dem Vorstand haben wir mitgeteilt, dass wir die Aufforderung aus einem der bei der letzten Wahl-BMV abgestimmten Anträge zur weiteren Arbeit des BV noch einmal ans Herz legen.

Leider haben wir es wieder nicht geschafft, die Arbeit organisatorisch neu zu strukturieren und Bernhard Stietz-Leipnitz, unseren spiritus rector*, was das Organisatorische angeht, zu entlasten. Das aber hat sich dieser, nunmehr als Nachrücker in der Bezirksfraktion, ausgebeten. Immerhin haben die Anwesenden Volkers

Konkretisierungen seiner „Arbeitsgebiete einer Stadtteilgruppe“ nicht in Frage gestellt und nun kann jede/r in der Gruppe sich erneut und konkret Gedanken über die Übernahme von Aufgaben machen. Ob das auch geschieht, werden wir sehen.

Was aber geht das Mitglied außerhalb St. Georgs das Elend dieser Gruppe an, wird der eine oder die andere Fragen? Nun, exemplarisch lässt sich erkennen, dass die Arbeit vor Ort auf verschiedenen Schultern besser liegt und dass in einer neuen Partei erstmal Klarheit über die Aufgaben herrschen sollte. Zweitens dürfte nachfolgend klar werden, dass solche Probleme die Arbeit nicht lähmen müssen, hat doch die Gruppe ad hoc vier Straßenagitationstermine auf die Reihe bekommen, alles ohne Bernhard, der in der französischen Sommerfrische weilte, behelligen zu müssen.

Und auch eine Einladung gibt es an euch:

Am Freitag, 20.Juni geht es ab 17.30 Uhr von „Max&Consorten“ am Spadenteich für ca. zweieinhalb Stunden durch den Stadtteil. Es führt uns der neue Mitarbeiter des MdHBü Bischoff, der ausgewiesene Stadtteilkenner Michael Joho.

Im Anschluss wird die Gruppe St. Georg auf ihrem nächsten Treffen noch ein gemütliches Beisammensein organisieren, zu dem „Fremde“ dann eingeladen sind.

Wir sehen uns!?

Volker Honold

**lat.; wörtlich: geistiger Ausrichter –red.*

Allein unter 22

Das geschah mir am letzten Mai-Wochenende in der W3 in Altona, als ich verwundert feststellte, dass ich mich wohl als einziger aus dem Bezirksverband gemeinsam mit 10 Bezirksabgeordneten, davon drei Fraktionsvorsitzenden und darüber hinaus etlichen so wie ich so genannten zu gewählten Bürgern aus anderen Bezirksversammlungen, über Hamburgs Kommunalpolitik bilden wollte. Das RLB, Hamburger Ableger der Rosa-Luxemburg-Stiftung, eine der bundesweit tätigen so genannten Parteistiftungen, hatte uns den ehemaligen SPD-Bezirksfraktionsvorsitzenden aus Eimsbüttel und gelernten Verwaltungsbeamten Gerhard Behrens vorgesetzt. In einer Tour d'horizon ging es um die Stellung der Bezirksversammlungen in der Verwaltungshierarchie, denn dort gehören sie als Verwaltungsausschüsse hin, sowie um Rechte und Pflichten der „Abgeordneten“. Wir setzten uns, auch hier viel unterbrochen durch Zwischenfragen von uns Neulingen, mit Haushalts-, Stadtplanungs- und Jugendhilferecht, den Bereichen, wo wirklich vergleichsweise viel auch de jure entschieden werden kann, auseinander. Sondermittel und die anderen „Werkzeuge“ des

Kommunalpolitikern wurden auch behandelt und zum Schluss konnte auch noch kurz über die Verhältnisse der Faktion zu Öffentlichkeit, Partei und Verwaltung geredet werden. Viel Input in unsere Köpfe, aber so gut bewertet in der abschließenden Runde, dass Meinhard Meuche-Mäker, der lokale Repräsentant der RLS, dem Referenten nur noch gratulieren konnte und uns mitteilte, dass die RLS dies als Aufforderung sehe, weitere Angebote auf diesem Gebiet zu machen.

Gut zu wissen, dass unsere erweiterte Fraktion wohl bei den von anderen Anwesenden angesprochenen Einführungsveranstaltungen der Stadt schon alles Wichtige in Erfahrung gebracht hat bzw. schon erfahren in diesen Dingen in den Wahlkampf gegangen ist. Auch hier scheint Mitte den anderen Bezirken voraus zu sein. An mir ist da wohl einiges vorbei gegangen in den letzten Wochen, ich gelobe Besserung und fühle mich recht gut informiert durch das RLB.

Volker Honold

Nachhaltigkeit und Politik

Ökologie ist politisch, Nachhaltigkeit ist links!

Über Begriffe, Deutungshoheiten und die Durchsetzung von Interessen

Seit einigen Jahrzehnten wird von Seiten der Wissenschaftsgemeinde, aber auch von zivilgesellschaftlichen Organisationen, Initiativen usw. öffentlich darauf hingewiesen, dass der Mensch mit seinen wirtschaftlichen und zivilisatorischen Aktivitäten in globalem Maßstab das Verhältnis der Nutzung natürlicher Ressourcen des Planeten zum Bestand und der Regenerationsfähigkeit dieser Ressourcen in Richtung einer Übernutzung verändert. Es gab seit den 1970er Jahren zu diesem Thema bekannte und auflagenstarke Veröffentlichungen wie "Die Grenzen des Wachstums" oder "Der stumme Frühling" (1). Die internationale Politik reagierte auf diese zunehmenden Hinweise und Warnungen mit verschiedenen Aktivitäten und Abkommen.

Der Brundtland-Bericht setzte 1987 einen Markstein für internationale Umweltpolitik, indem er unter dem Titel "Unsere gemeinsame Zukunft" die Themenfelder Umwelt und Entwicklung zusammenführte (2). Darin wird eine Entwicklung gefordert, "die den Bedürfnissen der heutigen Generation entspricht, ohne die

Möglichkeiten künftiger Generationen zu gefährden, ihre eigenen Bedürfnisse zu befriedigen und ihren Lebensstil zu wählen" (3). Der Satz gilt immer noch als allgemein anerkannte Definition "nachhaltiger" Entwicklung.

Ein weiterer Schritt folgte Dann auf dem "Zuckerhut-Gipfel" von Rio de Janeiro 1992 (UN-Konferenz für Umwelt und Entwicklung) mit der Unterzeichnung u.a. der Klimaschutz-Konvention und der "Agenda 21". Diese beschreibt detaillierte Ziele und Handlungsmaßnahmen zur Sicherstellung nachhaltiger Entwicklung in den Bereichen Bewirtschaftung von Ressourcen (Klimaschutz, Artenschutz, Schutz gegen Entwaldung, Abfallentsorgung), soziale und wirtschaftliche Entwicklung (Armutsbekämpfung, Gesundheitsschutz, Bevölkerungsdynamik, Siedlungsentwicklung), Partizipation gesellschaftlicher Gruppen und Rahmenbedingungen für die Umsetzung (internationale Zusammenarbeit, Bildung, Technologietransfer).

Wird der Anspruch an Gerechtigkeit und Integration dieser Ziele ernst genommen, wird das

von manchen Autoren als der "vielleicht wichtigste gesellschaftliche Gegenentwurf zur neoliberalen Weltordnung" bezeichnet (4).

Festzustellen ist jedoch, dass in gesellschaftlichen Auseinandersetzungen um Wert- und Zielvorstellungen von Nachhaltigkeit Akteure, Verfechter und Exekutoren einer neoliberalen Weltordnung, von rechtskonservativen und wirtschaftsliberalen Politikern bis zu transnationalen Konzernen versuchen, den Begriff zu besetzen und mit ihren Wert- und Zielvorstellungen zu füllen. Er wird dann von diesen Interessengruppen häufig benutzt, um z.B. sozialen, aber auch ökologischen Forderungen entgegenzutreten. Dabei wird üblicherweise versucht, mit Schlagworten wie Finanzierbarkeit ("wer soll das bezahlen?", Arbeitsplätze ("Verlust oder Gefährdung von Wirtschaftsstandorten", aber auch "sozial ist, was Arbeit schafft" ohne Frage ihrer Art und Qualität) die Möglichkeit der Erfüllung weitergehender, grundlegender ökosozialer Forderungen und Ziele zu bestreiten und zu untergraben.

Begriff und Meinungsbildung

Über den Begriff "Nachhaltigkeit" werden somit - je nach Interesse der Verwender - ganz unterschiedliche Wert- und Zielvorstellungen transportiert. Der Begriff ist ein Beispiel dafür, wie in einer viel zitierten "Mediendemokratie" Interessengruppen Deutungshoheiten von Begriffen zur Durchsetzung ihrer Interessen inszenieren. Dieses lässt sich wissenschaftlich mit Vorstellungen der Synergetik (= Lehre vom Zusammenwirken) beschreiben. Die vorherrschende öffentliche Meinung - deren Beeinflussung u.a. über Durchsetzung von Deutungshoheiten von Begriffen versucht wird - fungiert dabei als "Ordner", der wiederum die Meinungsbildung des Einzelnen "versklavt" im Sinne einer Gleichrichtung. Von Naturwissenschaftlern, Soziologen und Meinungsforschern wurde gezeigt, dass sich Abläufe öffentlicher Meinungsbildung so organisieren und beschreiben lassen (5).

Vor dem Hintergrund der breiten gesellschaftlichen Nachhaltigkeitsdiskussion und der gezielten Verwendung des Nachhaltigkeitsbegriffes ist es heute weder möglich, in Formulierung und praktischer Umsetzung von Politikinhalt den Begriff Nachhaltigkeit auszuklammern, noch wäre es für linke Politikansätze sinnvoll, Nachhaltigkeitsdiskussionen anderen und gegnerischen Interessenvertretern zu überlassen.

DIE LINKE ist vielmehr gefordert, den Nachhaltigkeitsdiskurs offensiv aufzunehmen, mit ihren eigenen Vorstellungen davon zu besetzen und gegen Versuche, neoliberale Deutungshoheiten dazu durchzusetzen, energisch zu streiten. Forderungen und Ziele von sozialer Gerechtigkeit für heutige und künftige Generationen, wirtschaftlicher Gerechtigkeit, politischer Emanzipation, Schutz von Ökosystemen und anderer planetarer Systeme usw. lassen sich eindrücklich und öffentlichkeitswirksam (auch) über den Begriff Nachhaltigkeit transportieren. Entgegenzutreten ist Versuchen, über Propagierung vorgeblich "nachhaltiger" Ziele tatsächliche gesellschaftliche Bruch- und Konfliktlinien zu verschleiern und im Sinne herrschender Machteliten zu befrieden.

Hamburger Senat: Abkehr von der "Wachsenden Stadt"?

Auf einer Veranstaltung des Zukunftsrates Hamburg am 22. 5. 2008 war zu vernehmen, dass der Hamburger Senat beabsichtigt, das Leitbild der "wachsenden Stadt" durch ein neues zu ersetzen. "Möglicherweise wird" dabei "Nachhaltigkeit zentrales Thema" (6).

Vor dem Hintergrund des oben Dargelegten ist darauf hinzuweisen, dass der Senat bereits im Entwurf von 2007 für die Fortschreibung eines räumlichen Leitbildes etwas andere Konnotationen und Begriffe zur öffentlichen Kommunikation ins Spiel bringt: eben dieser Entwurf trägt den Titel: "Wachsende Stadt - Grüne Metropole am Wasser" (7). Die Einführung der "grünen Metropole" fügt sich dabei in einen generellen, bei Stadtplanern und Architekten zu beobachtenden Trend, der sich mit einer - ob eher vorgeblichen oder tatsächlichen, bliebe zu diskutieren - "Abkehr von der Turbo-Stadt" hin zu einem eher sanfteren Stadtumbau beschreiben lässt. Investoren halten derartige Städte langfristig Megastädten in Schwellenländern für überlegen (8).

Bereits der bisher nur angedachte Abschied von der "Wachsenden Stadt" löste jedoch sogleich deutliche Reaktionen der Handelskammer- und CDU-freundlichen Hamburger Medien aus. So fragte die WAMS besorgt: "Was wird aus der ‚Wachsenden Stadt‘?" und forderte: "Das Leitbild ‚Wachsende Stadt‘ erhalten" (9).

Anzunehmen ist, dass wesentliche Politikinhalt, Wertvorstellungen und Ziele des vorherigen CDU-Senates, deren soziale wie ökologische Schiefelage nicht nur von der LINKEN, sondern

auch von verschiedenen zivilgesellschaftlichen Gruppen beklagt und beschrieben wurden, nun unter einem neuen Namen öffentlichkeitswirksam verkauft werden sollen. Treffend wurde festgestellt: "Ökologie spielt heute eine zentrale Rolle bei der institutionellen und symbolischen Modernisierung von Kapital. Das gleiche gilt für Diskurse über urbane Nachhaltigkeit und 'ökologische' Planung, deren Ziel es ist, die kapitalistische Urbanisierung der Zukunft neu zu ordnen und zu rationalisieren. Die Politik und die diskursiven Strategien nicht nur politisch dominanter Kräfte, sondern auch eine ganze Reihe reformistischer Initiativen verbinden 'Stadt' mit 'Ökologie' und beides mit der Produktion urbanen Raumes" (10). Politik setzt damit letztlich um, dass von Wirtschaft, Markt- und Trendforschern bereits in den Neunziger Jahren des 20. Jh. Natur und Umweltbewusstsein als einer der großen Trends in Vermarktungsfaktoren für Kapitalinteressen im beginnenden 21. Jh. angenommen und umgesetzt wurden (11).

DIE LINKE ist gefordert, mit eigenen Programmen, Forderungen, Zielen und Strategien Bestrebungen entgegenzutreten, unter dem Etikett vorgeblicher "Nachhaltigkeit" tatsächlich antisoziale, antiökologische und antiemanzipatorische Ziele im Interesse der Herrschenden zu verkaufen. Ökologische, d.h. umweltbezogene Forderungen im Sinne tatsächlicher Nachhaltigkeit sind politisch, und tatsächlich nachhaltige Ziele sind links!

Anmerkungen:

(1) MEADOWS, D. et al.: Die Grenzen des Wachstums. Bericht des Club of Rome zur Lage der Menschheit.- Reinbek, 1973. // CARSON, R.: Der

stumme Frühling.- München, 1976.

(2) Deutsch: HAUFF, V. (Hg.), Unsere gemeinsame Zukunft. Bericht der Weltkommission für Umwelt und Entwicklung.- Greven, 1987.

(3) zit. nach JÄGER, J.: Was verträgt unsere Erde noch? Wege in die Nachhaltigkeit.- Frankfurt a.M., 2007. // Inhalte des Begriffes "Nachhaltigkeit knüpfen an Vorstellungen an von SACHS, I.: Developing in Harmony with Nature: Consumption Patterns, Time and Space Uses, Ressource Profiles, and Technological Choices.- In: GLAESER, B. (Ed.), Ecodevelopment Concepts, Projects, Strategies, S. 209-227. Oxford, 1984.

(4) STANGENBERGER, J.: Nachhaltigkeit - Konzept, Grundlagen, Herausforderungen, Anwendungen.- In: UTOPIE kreativ, H. 174. Berlin, 2005.

(5) vgl. HAKEN, H.: Sind Revolutionen vorhersagbar?- In: Ders., Synergetik: Die Lehre vom Zusammenwirken, S. 157-184. Frankfurt, 1988. //

NOELLE-NEUMANN, E.: Die Schweigespirale.- München, 1980.

(6) ZUKUNFTSRAT HAMBURG: Neues Leitbild: Nachhaltige Stadt? - Pressemitteilung, 22. 5. 2008. Vgl. <http://www.zukunftsrat.de>.

(7) FHH / BSU: Räumliches Leitbild - Entwurf. Wachsende Stadt - Grüne Metropole am Wasser.- Freie und Hansestadt Hamburg, Februar 2007.

(8) NAGEL, B.: Abkehr von der Turbo-Stadt.- WELT AM SONNTAG, 14. 10. 2007, S. 43.

(9) SCHIRG, O. & S. MEYER: Was wird aus der "Wachsenden Stadt"?.- WELT AM SONNTAG, 1. 6. 2008. // IKEN, M.: Das Leitbild "Wachsende Stadt" erhalten.- WAMS, 1. 6. 2008.

(10) KIPFER, S. et al.: Cities, Nature and Socialism: Towards an Urban Agenda for Research and Action.- Capitalism, Nature and Socialism, 7 (12), S. 5-19.

(11) Vgl. NAISBITT, J. & P. ABURDENE: Megatrends 2000. Zehn Perspektiven für den Weg ins nächste Jahrtausend.- Düsseldorf, 1991.

Rudolf Sergel

Termine in (und für) Mitte

Mittwoch, 18.06, 19.00 Uhr,

Treffen der **BO St. Pauli**
Geschäftsstelle; Kreuzweg 7
(jeweils 1. und 3. Mittwoch im Monat)

Mittwoch, 18.6., 19:30 Uhr:

Treffen der **Stadtteilgruppe St. Georg**,
Stadtteilbüro, Hansaplatz 9
(jeweils dritter Mittwoch im Monat)

Mittwoch, 18.06. 20:00 Uhr

Fraktionssitzung
Geschäftsstelle, Kreuzweg 7
zur Vorbereitung der:

Donnerstag, 19.06., 17:30 Uhr

3. Sitzung der Bezirksversammlung
Klosterwall 4, 1. Stock

Freitag, 20.6., 17:30 Uhr

Stadtteilrundgang St. Georg
mit Michael Joho
anschließend Diskussion beim
Bier/Wein/Wasser (ca. 20 Uhr)

Wochenende 21./22. 06.

Spreehafenfest
(Näheres bei Ronald)

Dienstag, 24.06 19.00 Uhr

Treffen **LAG Grundrechte und Demokratie**
zum Thema Wahlrecht (siehe Volkers Artikel) -
Vorbereitung für Veranstaltung Anfang Juli
Geschäftsstelle Kreuzweg 7

Mittwoch 25.06 19.00 Uhr

Bezirksvorstandstreffen
Geschäftsstelle, Kreuzweg7

Donnerstag, 26.06., 17 Uhr

Ko-Treffen MdBü/Fraktion/Vorstand/
Geschäftsstelle, Kreuzweg7

Freitag, 27.06., 18:00 Uhr

Treffen der **Stadtteilgruppe Hamburgs Osten**
Gaststätte "Für'n Appel und 'n Ei", Möllner
Landstraße 27

Sonntag, 29.06.

Kirchsteinbekfest gegen die Schlickpyramide
Nähere Infos bei Tilman.

Mittwoch, 2.7., 19:00 Uhr:

Treffen der BO St. Pauli
Geschäftsstelle Kreuzweg 7
(jeweils 1. und 3. Mittwoch im Monat)

Weitere Termine findet Ihr auf der Webseite
der Partei:

www.die-linke-hh.de

Kontakt:

Ansprechpartner/innen Bezirksverband Hamburg-Mitte:

Bezirksvorstand:	Festnetz	Handy	Mail
Verena Brachvogel	040 4397701		Verena.Brachvogel@gmx.de
Uwe (Carlo) Carstens	040 28542045		carlo@hamburglive.com
Babette Haß	040 500 900 67		babette.h@gmx.net
Tilman Rosenau (Mittenmang)	040 7134921		Tilman.Rosenau@tele2.de
Renate Twardzik	040 24 38 08		R.Twardzik@web.de
Christine Wolfram (Schatzmeisterin)	040 7545585		christinewolfram@alice-dsl.de
<i>nachrichtlich:</i>			
Bernhard Stietz-Leipzig (nur Mittenmang)	040-245740		stietz-leipzig@t-online.de

Übrigens: Christine nimmt immer noch gerne Spenden entgegen!

Unser Konto:

DIE LINKE. Bezirksverband Hamburg-Mitte
Postbank Hamburg
Kontonummer: 852 539 206
Bankleitzahl: 200 100 20

Parteispenden können bis zu einem Betrag von 1650/3300 € (Ledige/Verheiratete) nach § 34 g EStG abgesetzt werden.